Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 18 Sonnabend, den 9. Februar 1929 42. Jahrgang

Ohne Zentrum!

Minderheitskoalition: Sozialdemokraten, Demokraten, Bayerische und Deutsche Volkspartei.

⇨ **Berlin**, 8. Februar.

Amtlich wurde mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard geschaffenen Lage. Das Kabinett war einmütig der Ansicht, daß die außen- und innenpolitische Lage, insbesondere die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage, der Reichsregierung die Fortführung der Geschäfte auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 3. Juli v. J. zur unabweisbaren Pflicht machen.

v. Guérard

Der Reichskanzler erstattete alsdann dem Reichspräsidenten über die Auffassung des Kabinetts Bericht. Der Reichspräsident trat dieser Stellungnahme vollkommen bei, genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsverkehrsministers v. Guérard und beauftragte, entsprechend dem Vorschlag des Reichskanzlers, den Reichspostminister Dr. Schätzel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsverkehrsministers und den Reichsminister des Innern, Severing, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete.

Diese amtliche Erklärung setzt den Strich unter die Verhandlungen für die Große Koalition, die am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht hatten. Das Ultimatum des Zentrums, das die Zuerteilung von drei Reichsministerien forderte und betonte, daß vorderhand kein Interesse für die Regierungserweiterung in Preußen vorhanden sei, wurde, wie nicht anders erwartet werden konnte, von den volksparteilichen Unterhändlern beim Reichskanzler abgelehnt. Daraufhin suchte Reichsverkehrsminister v. Guérard seinen Rücktritt nach, der nun vom Reichspräsidenten genehmigt wurde. Somit ist das Zentrum zum ersten Male seit Bestehen der Republik nicht an der Reichsregierung beteiligt.

Das Fehlen einer breiten Koalition kann besonders für den neuen Etat recht gefährlich werden, denn wenn auch das Zentrum kaum in eine offene Kampfstellung gegen die Regierung treten wird, so wird es doch bei manchen Punkten des neuen Haushalts die Gefolgschaft versagen und damit die Beschlüsse der Minderheitenregierung überstimmen lassen. Unter diesen Umständen ist die Einbringung eines Notgesetzes nicht ausgeschlossen.

Haben sich auch im Reich die Koalitionsverhandlungen zerschlagen, so hat man doch in Preußen noch nicht die Hoffnungen aufgegeben. Ministerpräsident Braun wird im Laufe des heutigen Tages den interfraktionellen Ausschuß mit Vertretern der Deutschen Volkspartei zusammenführen und hofft auf diese Weise wenigstens hier eine Einigung herbeizuführen. Ob in diesem Falle auch im Reich neue Verhandlungen aufgenommen werden, dann hätte man Ihnen (zu den Kommunisten) das Andiewandgestelltwerden in Aussicht gestellt. (Erneutes Gelächter bei den Kommunisten.) Die Demokratie hat Ihnen erst die Rechte gleichberechtigter Staatsbürger gebracht. (Erneutes Gelächter bei den Kommunisten.)

Der Reichstag gedenkt Weimar.

Ansprache des Präsidenten.

⇨ **Berlin**, 7. Februar.

Präsident Löbe eröffnete die gestrige Sitzung um 3 Uhr und gedachte zunächst der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar vor zehn Jahren. Er betonte: Durch ihre Einberufung und Zusammensetzung hatte die Nationalversammlung dem deutschen Staate eine neue staatliche Verfassung, die demokratische und republikanische Staatsform gegeben. (Zurufe rechts und bei den Kommunisten.) Die Frauen und Männer, die damals in Weimar versammelt waren, haben gewußt, daß die Folgen des Krieges, der Niederlage und des Zusammenbruchs die Existenz unseres Volkes aufs tiefste gefährden würden. Sie haben Ueberwindung der Blockade und anderer Schwierigkeiten, Konsolidierung der Wirtschaft gebracht. Wir setzten, so erklärte der Präsident weiter, obgleich wir wissen, daß diese schweren Schäden noch nicht überwunden sind, diese Arbeit fort in der Gewißheit und in der Zuversicht, daß das deutsche Volk, politisch reif geworden, befähigt ist, sein Schicksal mit eigener Hand zu gestalten und der sozialen Freiheit und Gerechtigkeit zuzuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte, lautes Gelächter bei den Kommunisten.)

Auf Zurufe von Kommunisten betonte Präsident Löbe: Wäre der staatliche Wille von rechts her durchgeführt worden, dann hätte man Ihnen (zu den Kommunisten) das Andiewandgestelltwerden in Aussicht gestellt. (Erneutes Gelächter bei den Kommunisten.) Die Demokratie hat Ihnen erst die Rechte gleichberechtigter Staatsbürger gebracht. (Erneutes Gelächter bei den Kommunisten.)

Auf der Tagesordnung stand die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Entlastung des Reichsgerichts. Nach den Ausschußbeschlüssen soll das Revisionsgericht bei Revisionen gegen Urteile der Oberlandesgerichte auch ohne Einverständnis der Parteien ohne mündliche Verhandlung entscheiden können, wenn nach Lage der Sache eine weitere Klärung durch die mündliche Verhandlung nicht zu erwarten ist. Diese Regelung soll bis zum 31. Dezember 1932 gelten. Die Vorlage wurde in der Ausschußfassung verabschiedet.

Es folgte dann die zweite Beratung des Vertrages über die Aechtung des Krieges. Der Auswärtige Ausschuß ersucht die Reichsregierung in einer Entschließung, das Inkrafttreten des Paktes zum Anlaß zu nehmen, um bei den Vertragspartnern und dem Völkerbund die Erfüllung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung sowie zum Ausbau der Möglichkeiten, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen und offenkundige Ungerechtigkeiten auf friedlichem Wege zu beseitigen, mit allem Nachdruck zu fordern.

Die Deutschnationalen hatten eine weitergehende Entschließung eingebracht, während die Nationalsozialisten beantragten, das Gesetz erst nach völliger Räumung des besetzten Gebietes und Aufhebung der zwischen Frankreich und anderen Staaten bestehenden Rüstungsabkommen in Kraft treten zu lassen.

Abgeordneter v. Rheinbaben (DVP.) betonte, daß für den Kellogg-Pakt nicht der Wortlaut, die augenblickliche Feste, sondern die Weiterentwicklung entscheidend sein müsse.

Abgeordneter Breitscheid (Soz.) erklärte, vor 25 Jahren würde man denjenigen einen Narren genannt haben, der gesagt hätte, daß [illegible] ein solcher Pakt geschlossen werde. Während der Rede stellt ein Kommunist mit großem Krach eine große Granate auf den Tisch des Hauses mit einem Plakat: „Illegale Hauhitzgranate.“ Ein Kommunist ruft: Nieder mit dem Krieg! die anderen Kommunisten stimmen ein. Es entsteht ein allgemeines Durcheinander. Präsident Löbe veranlaßt die Entfernung der Granate, die die Kommunisten wieder an sich nehmen. Wir wissen genau, so fährt der Redner fort, daß wir von einer internationalen Abrüstung noch weit entfernt sind, daß vor allem die rote Armee Sowjet-Rußlands mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüstet ist. (Lärm b. d. Komm.)

Abgeordneter Stöcker (Komm.) verwies auf die von den Kommunisten mitgebrachte Granate und erklärte, dieses Produkt der geheimen deutschen Aufrüstung sei bezeichnender für den Kellogg-Pakt als die hier gehaltenen Reden.

In der Schlußabstimmung wurde der Kriegsächtungspakt mit 287 gegen 127 Stimmen angenommen.

Das Arbeitsschutzgesetz.

Es regnet Ordnungsrufe im Reichstag. — Eine unterbrochene Sitzung.

⇨ **Berlin**, 8. Februar.

Im Reichstag gab es gestern wieder einmal einen heftigen Auftritt, und zwar bei der Beratung des deutsch-litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrages. Der Kommunist Kollwitz erklärte, daß seine Fraktion die Zustimmung versage, weil nach den Bestimmungen des Vertrages 50 litauische Emigranten aus Ostpreußen ausgewiesen und dem litauischen „Henker Woldemaras“ überliefert würden. Er apellierte an die Arbeiter, um die Ausweisung zu verhindern. Darauf rief ihn Präsident Löbe zur Ordnung. Unter großer Unruhe rief Kollwitz dann: „Sie haben natürlich die Aufgabe, den Henker Woldemaras zu verteidigen!“ Unter großem Lärm wies Löbe darauf den Redner aus dem Saal. Weil der Abgeordnete Hörnle (Komm.) den Sozialdemokraten Schimpfworte wie „Hunde“ und dgl. zurief, wurde auch er aus dem Saal gewiesen. Er folgte aber der Aufforderung nicht, und als die Unruhe immer stärker wurde, unterbrach Löbe die Sitzung.

Auch nach Wiederbeginn der Sitzung kam es noch zu Lärmszenen, bei denen Löbe mehrere Ordnungsrufe erteilte. Der Präsident konnte aber bald die Ruhe wieder herstellen, so daß der Vertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen werden konnte.

Zu neuen Lärmszenen kam es jedoch bei der Beratung des Abkommens über die Beilegung der finanziellen Streitfragen mit Rumänien, als der Kommunist Ende Manin als einen armseligen Lakaien bezeichnete und sich auch sonst schimpfend gegen die rumänische Politik äußerte. Auf Beschluß des Hauses wurde dem Redner endlich das Wort entzogen und das Abkommen endgültig genehmigt.

Reichsarbeitsminister Wissell

begründete dann in der ersten Beratung das Arbeitsschutzgesetz und betonte die Notwendigkeit der Neuordnung der Arbeitsschutzbestimmungen. Das Arbeitsschutzgesetz habe einmal die Aufgabe, die vielen Bestimmungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, die nur vorläufigen Charakter tragen, in eine endgültige Regelung überzuführen. Andererseits werde mit diesem Gesetz die Möglichkeit gegeben sein, eine Anzahl von internationalen Uebereinkommen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, von denen unsere Gesetzgebung in formellen Punkten abweich, zu ratifizieren. Alle diese internationalen Entwürfe blieben tatsächlich hinter dem zurück, was bereits deutsches Recht sei. Neben der Vereinheitlichung und Vereinfachung sei es vor allem notwendig, im Arbeitsschutzgesetz die Möglichkeiten zu schaffen, auf denen die Weiterarbeit am einheitlichen Arbeitsrecht erfolgen könne. So werde ein Bergarbeitsgesetz schon in allernächster Zeit dem Reichstag vorgelegt werden. Auf der Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes werden dann auch die Seemannsordnung, das Recht der Landarbeiter, das Torifvertragsgesetz und andere Rechtsfragen aufs und umgebaut werden. Den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbezweige trägt der Entwurf nach Möglichkeit Rechnung. Der Entwurf ist in vielen Punkten ein wichtiger sozialpolitischer Fortschritt. Der Minister kündigte weiter einen Gesetzentwurf über die Neuregelung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung an. Auch ein Entwurf zur Ratifizierung der internationalen Arbeitsübereinkommen werde demnächst das Kabinett beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Moldenhauer (DVP.) empfahl, in die Ausschußberatung des Entwurfs erst einzutreten, wenn auch das Versicherungsgesetz vorliege. Der Redner bezweifelte, daß der Entwurf den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht werde.

Abgeordneter Graßmann erklärte, die Durchführung des Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei eine Forderung aller Gewerkschaftsrichtungen. Unter diesem Gesichtspunkt enttäusche der Entwurf. Der Redner hielt zahlreiche Verbesserungen für notwendig.

Abgeordneter Hartmann (dnt.) gab eine kurze Erklärung ab, in der gegen die übereilte Beratung der Vorlage, die erst vor einigen Tagen dem Reichstag zugegangen sei, protestiert wird.

Gegen 5.30 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Verlängerung der Krisenunterstützung vom sozialpolitischen Reichstagsausschuß genehmigt.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags genehmigte mit Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag, der die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und die allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer für die Krisenunterstützung auf 52 Wochen fordert.

Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wegfall jeder Beschränkung der Bezugsdauer für Unterstützungsempfänger über 40 Jahre gewünscht wird. Ein Antrag fand außerdem Annahme, der für die älteren Angestellten und Arbeiter die Krisenfürsorge allgemein mindestens bis zum 4. Mai 1929 ausdehnen wird.

Die Aufrollung der Minderheitenfrage.

Genf erwartet Gegenvorschläge Polens.

⇨ **Genf**, 7. Februar.

Man hält es in hiesigen Kreisen für wahrscheinlich, daß die polnische Regierung nunmehr ihrerseits im Völkerbundsrat einen Antrag auf Behandlung der Minderheitenfrage in der von ihr gewünschten Richtung stellt. Bisher ist jedoch im Generalsekretariat des Völkerbundes ein amtlicher polnischer Schritt noch nicht erfolgt.

Es verstärkt sich jedoch die Annahme, daß die deutsche Initiative in der Minderheitenfrage von den unmittelbar interessierten Regierungen mit entsprechendem Gegenantrag beantwortet werden wird. Es dürfte hierbei die Absicht vorliegen, die kommenden Verhandlungen im Völkerbundsrat über die Neuregelung des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund nicht allein auf den deutschen Antrag als Ausgangspunkt und Grundlage der Aussprache abzustellen, sondern zugleich die Möglichkeit zur Erörterung von Gegenvorschlägen zu den deutschen Anregungen zu schaffen.

Gilbert verhandelt mit Poincare.

Owen Young übernimmt doch den Vorsitz.

⇨ **Paris**, 7. Februar.

Parker Gilbert, der sich noch immer in Paris aufhält, besuchte gestern Poincaré, mit dem er eine längere Besprechung hatte. Vorher hatte Gilbert bereits mit den französischen Sachverständigen Parmentier und Moreau eine Unterredung gehabt.

Wie die Blätter berichten, äußerte sich Parker Gilbert bei seiner Unterredung mit Poincaré sehr zuversichtlich über die Aussichten des Sachverständigenausschusses. Er glaube, daß er auf seiner Reise nach Washington den gewünschten Zweck erreicht habe. **Owen Young werde sicherlich den Vorsitz des Ausschusses übernehmen, der ihm am Sonnabend offiziell angeboten werde.** Die Blätter sind übereinstimmend der Ansicht, daß die amerikanische Regierung keine Einwendungen erheben werde, da die amerikanischen Sachverständigen kein amtliches Mandat hätten.

Als Vizepräsidenten nennt der „Excelsior“ den französischen Delegierten Moreau, sowie den deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Zentrum und Konkordat.

Sitzung der Landtagsfraktion mit Kaas und Stegerwald.

⇨ **Berlin**, 8. Februar.

Gestern nachmittag trat die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290209-15/fragment/page=0001

und der Führer der Reichstagsfraktion, Stegerwald, teilnahmen. Die Sitzung befaßte sich hauptsächlich mit der Konkordatsfrage.

Deutschland kein Asyl für Trotzki.

Bedenken in Berlin.

Berlin, 7. Februar.

Es steht jetzt fest, daß Trotzki soeben erst in Moskau eingetroffen ist und in einem Vorort unter scharfer Bewachung Wohnung genommen hat. Der russische Dampfer „Krasny Flot", mit dem Trotzki nach Gerüchten umgekommen sein soll, ist in seinem Bestimmungshafen angelangt. Trotzki befand sich jedoch nicht an Bord.

Zu den Meldungen, daß Trotzki nach Deutschland übersiedeln wolle, verlautet von zuständiger deutscher Stelle, daß bisher noch kein offizielles Gesuch in Berlin eingegangen sei. Der Gedanke einer Einreise Trotzkis nach Deutschland sei jedoch hie und da schon erörtert worden.

In politischen Kreisen Berlins ist man der Ansicht, daß die Anwesenheit Trotzkis für Deutschland eine recht unangenehme Angelegenheit sein würde. Schließlich, so erklärt man, sei Deutschland nicht dazu da, die Aufsichtsbehörde für einen fremden Staat zu sein. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Trotzki gegen die Regierung in Rußland von Deutschland aus etwas unternehmen würde. Eine solche Tatsache würde außerordentlich schlechte Folgen für die deutsch-russischen Beziehungen haben. Deutschland würde dann letzten Endes später nur in die unangenehme Lage versetzt sein, Trotzki wieder auszuweisen.

Einigung zwischen Japan und China.

Die japanischen Truppen werden aus Schantung zurückgezogen.

London, 6. Februar.

Zwischen Japan und China ist jetzt endlich nach monatelangen Verhandlungen ein Abkommen über den Tsinanfu-Zwischenfall zustande gekommen. Das erste praktische Ergebnis des Abkommens ist die Tatsache, daß die japanischen Truppen aus der Provinz Schantung zurückgezogen werden, also die immer wieder erhobene chinesische Forderung erfüllt wird.

Einzelheiten des Abkommens sind sonst nicht bekannt geworden. Aber da durch das Abkommen einer Neuordnung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Weg geebnet worden ist, dürften die jahrelangen Zwistigkeiten durch den Abschluß neuer Verträge, in denen China als gleichberechtigt auftritt, beendet werden können.

Beschimpfung von Religionsgesellschaften.

Aus dem Strafrechtsausschuß.

Berlin, 8. Februar.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung des zehnten Abschnittes über Gotteslästerung, Beschimpfung von Religionsgesellschaften usw. fort.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß mit Gefängnis bestraft wird, wer öffentlich eine im Reich bestehende Religionsgemeinschaft beschimpft. Es wurde aber gleichzeitig ein Eventualantrag gestellt, der zum Ausdruck bringt, daß die Beschimpfungen in gemeiner Absicht erfolgt sein müssen, wenn sie strafbar sein sollen, daß aber eine wissenschaftliche Stellungnahme oder eine Meinungsäußerung in künstlerischer Form nicht unter die strafrechtlichen Bestimmungen falle. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Aus dem In- und Auslande.

Ein Abkommen über die römische Frage paraphiert?

Genf, 7. Februar. Die hiesige Presse bringt in großer Aufmachung die Meldung, nach der am Mittwoch abend ein Abkommen zwischen der italienischen Reigerung und dem Vatikan über die Regelung der römischen Frage bereits paraphiert worden sei.

Polen ratifiziert den Kellogg-Pakt.

Warschau, 7. Februar. Der polnische Sejm hat den Kellogg-Pakt am Donnerstag vormittag in zweiter und dritter Lesung angenommen. Zaleski hob vor allem die große rechtliche und moralische Bedeutung des Pariser Paktes hervor.

Umfassender Begnadigungserlaß des Königs von Südslawien.

Belgrad, 7. Februar. Durch einen Erlaß hat König Alexander eine allgemeine und umfangreiche Straffreiheit für politische Vergehen gewährt. Die Straffreiheit umfaßt alle Straftaten aus dem Strafgesetzbuch und aus dem Preßgesetz, die sich auf die Beleidigung des Herrschers, der Staatsbeamten und des Verwaltungskörpers sowie auf die Wahlkämpfe beziehen. Durch diesen Erlaß werden also alle wegen politischer Vergehen angeklagten oder verurteilten Personen begnadigt.

Machtprobe französischer Kommunisten.

Der größte Teil von Paris stromlos.

Der größte Teil der Stadt Paris wurde vormittags um 9.30 Uhr infolge eines Kurzschlusses des elektrischen Stromes beraubt. Der Zwischenfall hat sich in dem Elektrizitätswerk von St. Ouen zugetragen, wo Hochspannungskabel in einer unterirdischen Leitung in Brand gerieten. Unglücklicherweise herrschte dichter Nebel, so daß sich die Störung trotz der Tageszeit in den 14 betroffenen Stadtteilen besonders unangenehm bemerkbar machte.

Die Verdunkelung soll ein Werk der Kommunisten sein, die angesichts der am Donnerstag in der Kammer zu beratenden Gültigkeitserklärung des Mandats ihres gefangenen Genossen Marty ein kleines Zeichen ihrer Machtprobe geben und die Kammer einschüchtern wollten.

Entspannung zwischen Südslawien und Bulgarien

Grenzsperre aufgehoben.

Sofia, 7. Februar.

Der hiesige südslawische Gesandte verständigte den Außenminister Buroff davon, daß am 6. Februar die jüdslawische Grenzsperre gegen Bulgarien in vollem Umfange aufgehoben worden sei.

Beide Regierungen haben ein Uebereinkommen getroffen, nach dem im Laufe des Februar in Pirot ein gemischter Ausschuß zusammentritt, der Vorschläge über die künftige Regelung der Grenzbeziehungen beider Länder auszuarbeiten und die Einrichtung eines ständigen gemischten Organes zu beschließen hat, das künftig bei allen etwaigen Grenzzwischenfällen in Tätigkeit treten soll. Beide Länder erklären sich einverstanden, daß sofort in Sofia eine Abordnung zur Vorbereitung eines Handelsvertrages eingesetzt wird.

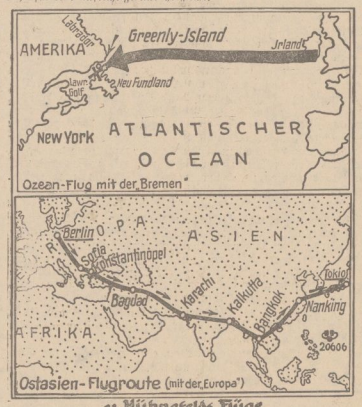
Die aufstrebende deutsche Luftfahrt

ist von einem schweren Verlust betroffen worden; der Schnitter Tod hat auf dem Gange durchs Erntefeld die beste Garbe herausgegriffen und sie eingebracht in seine Scheuern. Der Stolz der deutschen Flieger, der durch seinen ersten geglückten Ozeanflug und den erst vor kurzem vollendeten Ostasienflug ruhmgekrönte

Freiherr von Hünefeld

ist nicht mehr, er ist zu jenem Flug gestartet, von dem es kein Zurückkommen gibt. Im besten Alter, 37jährig, mußte der Held der Lüfte von der Welt Abschied nehmen, obwohl die besten Aerzte versucht haben, ihn dem deutschen Volke zu erhalten. Ein Magenleiden, an dem er schon längere Zeit litt, hat ihn zu Fall gebracht.

Nicht nur Deutschland trauert an der Bahre dieses kühnen Mannes, in allen Erdteilen, besonders aber in Amerika, wo er die höchsten Triumphe erleben durfte, ist die Teilnahme an seinem Schicksal eine aufrichtige und herzliche.



v. Hünefelds Flüge

Königin-Mutter Maria Christine von Spanien †

erlag am 6. Februar morgens gegen 3 Uhr einem Herzschlag, nachdem sie den vorhergehenden Abend noch gesund im Kreise ihrer Familie verbracht hatte. Die Verstorbene stand im 71. Lebensjahre.

Aus der Umgegend

Nebra, 9. Februar.

— **„Zur Burg".** Das morgen Abend stattfindende Kaffeekränzchen in der „Burg" wird alle Besucher recht begeistern, denn Herr Möder hat die Diele wieder mit einer prächtigen Dekoration ausgestattet. Vom vorigen Jahre her ist die angenehme Wirkung einer solchen Ausschmückung des an und für sich gemütlichen Raumes noch in bester Erinnerung.

— **Stadtlichtspiele.** „Der Film der tausend Sensationen" wird am Sonntag so mancherlei Ueberraschung bringen. Das menschliche Dasein ist zwar zur Zeit nichts als Sensation, alles ist beftrebt, in Sensation zu machen; der Film aber wird zeigen, daß Sensation auch anders ausgelegt werden kann, als die Mitwelt unter diesem effekthaschenden Worte sich denkt. — Der zweite Filmstreifen zeigt die schwierigen Arbeiten bei Auslegung eines Seekabels. Wer diesen Film mit Aufmerksam verfolgt, der wird vermessen, was die Engländer uns zufügten, als sie unser einziges Kabel nach Amerika erst zerschnitten und dann raubten.

— **Maskenball in Vitzenburg.** Auch die Bewohner Vitzenburgs und der umliegenden Ortschaften wollen sich einmal so recht vergnügt machen, wie das eben nur unter dem Schutze der Maske möglich ist. Für Sonntag ist hierzu in der Schweizerhütte ein großer Volksmaskenball angesetzt, zu dem bereits eine große Anzahl schöner Masken angemeldet ist.

— **Operettenfahrt nach Erfurt.** Wir machen nochmal darauf aufmerksam, daß die Einzeichnungslisten abgeschlossen werden. Wer sich also noch an der Operettenfahrt der Volksbühne am 3. März beteiligen will, muß sich sofort in eine der ausliegenden Listen eintragen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Hauptrollen liegen in den Händen erster Kräfte des Erfurter Stadttheaters, und zwar spielt E. Wiegand den Zigeunerbaron, Bruno Laaß den Grafen Peter Homonay, Bruno Waldow den königl. Kommissar. Außerdem wirken u. a. mit Fritz Tränkle, Erny Kuhlmann, Maria Werner-Douté, alles Namen von gutem Klang. Die neue Inszenierung hat allgemein gefallen. Sicher wird auch diese Operettenaufführung des Erfurter Stadttheaters den Theaterfreunden aus dem Unstruttal Freude machen, zumal mit der herrlichen Musik von Johann Strauß.

— **Das Handwerk zu den Steuererhöhungen.** Seit Jahren haben alle Berufsstände der deutschen Wirtschaft betont, daß die sich ständig erhöhenden Steuerlasten einen Wiederaufbau der Wirtschaft außerordentlich hemmen; sie haben daher äußerste Beschränkung der öffentlichen Ausgaben und größte Sparsamkeit verlangt. Trotzdem sind Ausgaben und Steuerdruck ununterbrochen gestiegen und neue Steuererhöhungen für das Jahr 1929 zu erwarten. Gegen diese Steuerpolitik wird sich der **Mitteldeutsche Handwerkerbund** in seinen **Kundgebungen**, die er in der Zeit **vom 10. bis 24. Februar 1929** in ganz Mitteldeutschland **für Erhaltung und Freiheit des Handwerks** durchführt, mit aller Entschiedenheit wenden und unter schärfster Ablehnung jeder Steuererhöhung den Ausgleich des Reichshaushaltsplanes 1929 durch rücksichtslose Ausgabenbeschränkung verlangen. Wie wir hören, findet in Roßleben am 17. Februar, vormittags 11 Uhr eine Kundgebung statt.

— **Abgabe von Steuererklärungen.** Laut Bekanntmachung in heutiger Nummer fordert das Finanzamt zur Abgabe der Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1929 auf.

— **Wildenten auf der Unstrut.** Aus Jägerkreisen berichtet man uns, daß man bei Streifen an der Unstrut und am Kanal entlang gegenwärtig Flüge von Wildenten antrifft. In der Unstrutgegend nach Bretleben hin sieht man sie allerdings nur selten, sie scheinen dort zuviel gestört zu werden, häufiger sind sie aber auf den Wassern zwischen Rittebung, Gebofen und Schönewerda. Mancher Jäger ist auf sie auch zum Schuß gekommen und hat sie als Beute ergattern können.

— **Ferienordnung 1929 für die Schulen der Provinz Sachsen. Osterferien.** Dauer: 14 Tage; Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 27. März; Wiederbeginn des Unterrichts: Donnerstag, 11. April. **Pfingstferien.** Dauer: 10 Tage; Schluß des Unterrichts: Freitag, 17. Mai; Wiederbeginn des Unterrichts: Dienstag, 28. Mai. **Sommerferien.** Dauer: 31 Tage; Schluß des Unterrichts: Freitag, 28 Juni; Wiederbeginn des Unterrichts: Dienstag, 30. Juli. **Herbstferien.** Dauer: 13 Tage; Schluß des Unterrichts: Freitag, 27. September; Wiederbeginn des Unterrichts: Freitag, 11. Oktober. **Weihnachtsferien.** Dauer: 17 Tage; Schluß des Unterrichts: Freitag 20. Dezember; Wiederbeginn des Unterrichts: Dienstag, 7. Januar 1930.

— **Aufbrauchsfrist für Frachtbriefformulare.** Die nach der Verordnung vom 4. Juli 1928 (Reichsgesetzblatt II, Seite 506) am 31. März 1929 ablaufende Frist für die Verwendung der noch vorhandenen Frachtbriefe im Ausmaß von 420 mal 297 Millimeter mit altem Aufdruck — auch sofern sie nicht aus Normalpapier 4 a hergestellt sind — wird bis zum 30. September 1929 verlängert. Dagegen dürfen die alten Frachtbriefe, die nicht dem Dinformat A3 (420 mal 297 Millimeter) entsprechen (also noch ein Ausmaß von 380 mal 300 Millimeter und bei doppelseitigem Aufdruck ein solches von 190 mal 300 Millimeter haben), vom 1. April 1929 ab nicht mehr als Frachtbriefdoppel verwendet werden. —

— **Was man nicht ins Zeugnis schreiben darf.** Verdachtsgründe darf man im Zeugnis nicht angeben. Dies hat das Reichsarbeitsgericht ausdrücklich festgestellt. Wenn das Zeugnis sich auf Verlangen des Arbeitnehmers auch auf die Führung erstreckt, so darf der Arbeitgeber den Verdacht einer strafbaren Handlung nicht aufnehmen. Er ist sonst zum Schadenersatz verpflichtet. Die Aufnahme würde dem Grundsatz widersprechen, daß nur tatsächliche Vorgänge im Zeugnis Verwertung finden. Andererseits ist es kein Verstoß gegen die guten Sitten, der zum Ersatz des Schadens an andere Arbeitgeber verpflichten würde, wenn der Arbeitgeber seinen bloßen Verdacht einer strafbaren Handlung nicht in das Zeugnis des entlassenen Arbeitnehmers aufnimmt. Wenn ein Arbeitnehmer längere Zeit bei einem Arbeitgeber sich zufriedenstellend geführt hat, dann ist der Arbeitgeber verpflichtet, im Zeugnis doppelt vorsichtig zu sein mit Bemerkungen, die den Erfahrungen widersprechen.

Bad Bibra. [Die Räder der Wassermühlen stehen still]. Die Bäche, welche durch Bad Bibra fließen, und zum Teil durch warme Quellen gespeist werden, waren Ende voriger Woche bei der starken Kälte zugefroren. Das letzte Mal waren die Bäche im Winter 1916/17 zugefroren. Die Wassermühlen, welche an den Bächen liegen, mußten fast alle ihre Arbeit mehrere Tage einstellen. Da einige Wasserräder der Mühlen freiliegen, war es den Besitzern nicht möglich, die Räder bei der starken Kälte vom Eis frei zu legen. An den Wasserrädern und in den Radstuben hatte sich eine mehrere Meter starke Eisschicht gebildet. Nach tagelanger anstrengender Arbeit ist es den Besitzern gelungen, die Wasserräder und Radstuben vom Eis zu befreien und für Ab- und Zufluß des Wassers zu sorgen. Größere Schäden an den Wasserrädern und Mühlen sind den Besitzern nicht entstanden. — Reges Leben und Treiben herrscht auf der Eisbahn des hiesigen Schwimmbades, welche wieder eröffnet wurde. Der Konditoreibesitzer Richard hat den Eisbahnbetrieb übernommen. Um eine Beschädigung des Schwimmbadbeckens durch die Schlittschuhe zu verhindern, ist die innere Wand des Beckens mit einer Balkenlage versehen worden. Die Einrichtung der Eisbahn, welche 70 m lang und 30 m breit ist, wird vom sportliebenden Publikum und vor allem von der Jugend, welche sich mit den Eisbahnen auf den Bächen begnügen mußte, mit Freuden begrüßt. Auch für das leibliche Wohl und eine Wärmehalle ist Sorge getragen.

Artern. Interessanter Fund. **Ein interessanter Fund, der im Jahre des Katechismusjubiläums besonders wertvoll erscheint, ist kürzlich im Archiv der Superintendentur gemacht worden. Unter längst aussortierten Akten fand man einen Schweinslederband, der die von dem Mansfelder Generalsuperintendenten aufgestellte Kirchenagende von 1580 enthält. Darin ist auch mit vielen kleinen Bildern der erste Lutherkatechismus von 1529 abgedruckt. Zusammengestellt ist das Buch von dem damals sehr bekannten Hieronymus Mancelius. Handschriftlich ist auch allerlei eingetragen, darunter ein Erntegebet, das nach der Unterschrift noch 1716 von dem Magister Scholinus benutzt worden ist.**

Merseburg. Bewußtlos zwischen den Schienen. Der Aushilfsrangierer Alfred Noak wurde nachts bewußtlos zwischen den Gleisen des Rangierbahnhofs aufgefunden. Auf dem Transport zum Krankenhaus ist er gestorben. Da keine Augenzeugen vorhanden sind, ist man sich über die Todesursache nicht im klaren. Man nimmt jedoch an, daß er zwischen die Puffer zweier Wagen geraten ist, da die Leiche im Rücken und in der Magengegend blutunterlaufene Stellen aufweist.

Halle a. d. S. Einbruch in die Erwerbslosenfürsorge. In einer der letzten Nächte drangen Diebe in die Räume der Arbeitslosenversicherung, die in der Talamt-Schule untergebracht ist. Sie durchwühlten alle Behältnisse und erbrachen die dort aufgestellten Kisten, ohne jedoch irgend etwas zu erbeuten. Die Geldschränke ließen sie unberührt. Die Ermittlungen über die Täter sind im Gange.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290209-15/fragment/page=0002

Könnern. Von Wilderern überfallen. In Domnitz überfielen drei Wilderer den Jagdherrn, Gutsbesitzer Gneist. Sie nahmen ihm das Gewehr ab und schlugen damit auf ihn ein, bis er besinnungslos liegen blieb. Bei der Schlägerei entlud sich das Gewehr, die Kugel traf jedoch niemanden. Der durch den Schuß aufmerksam gewordene Verwalter des Gutsbesitzers nahm sofort die Verfolgung auf und verletzte einen der Wilderer durch einen Schuß schwer am Halse und an den Beinen. Die Täter konnten dingfest gemacht werden.

Sandersdorf. Die Taube auf Hühnereiern. Als der Kantinenwirt Otte auf seinen Strohboden kam, hörte er ein Küken piepsen. Er hatte keine Henne zum Brüten angesetzt. Eine Taube hatte sich zweier verlegter Hühnereier angenommen und eins ausgebrütet. Sie brütete noch weiter, um auch das zweite Ei zum Leben zu erwecken.

Döllnitz. Auto in Flammen. Abends gegen acht Uhr geriet auf der Regensburger Straße kurz vor Döllnitz ein Auto aus Halle in Brand. Der Führer konnte sich durch schnelles Abspringen in Sicherheit bringen. Die an die Unfallstelle gerufene freiwillige Feuerwehr konnte nicht viel ausrichten, da der gefüllte Benzintank zu explodieren drohte. Auch war kein Wasser vorhanden, so daß die Wehr sich auf den Gebrauch einiger Handlöscher beschränken mußte. Das Auto ist bis auf die Eisenteile ausgebrannt.

Quedlinburg. Unfall beim Skisport. Der 20 Jahre alte Monteur Eberhard Bertram aus Quedlinburg, der in Hasselfelde mit einigen Freunden zum Skisport weilte, rutschte einen Abhang herunter und stürzte so unglücklich, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Der Unglücksfall wurde zunächst nicht bemerkt. Erst als seine Freunde ihn vermißten, kehrten sie um und fanden ihn bewußtlos im Schnee liegen. Der Schwerverletzte wurde mit dem Auto in das Quedlinburger Kreiskrankenhaus gebracht, wo er noch in besinnungslosem Zustande darniederliegt. Dem Verunglückten sind außerdem beide Beine erfroren.

Eisenach. Ein sibirischer Gast. Mittags konnte auf einigen hohen Häusern Eisenachs ein riesiger Schneeadler beobachtet werden; seine erhöhten Beobachtungsplätze wurden jedoch immer wieder von Krähen eingenommen. Einzelne der Schwarzröcke wagten sich zwar nicht heran, aber die Masse ließ ihm keine Ruhe. Das riesige Tier ist wahrscheinlich, vom Hunger getrieben, aus den Steppen Sibiriens nach Süden gezogen. Sein weißgeflecktes Gefieder, der mächtige Kopf und die gewaltigen Fänge waren beim Abflug gut zu beobachten.

Siersleben. Aus dem Zuge gestürzt. An der Bergwerksbahn der Mansfeld A. G., unweit des Witthumschachtes, stürzte der Bremser aus seinem Bremserstz von dem in voller Fahrt befindlichen, mit Schiefer beladenen Zuge. Er wurde ein Stück mitgeschleift und getötet. Man nimmt an, daß er von plötzlichem Unwohlsein befallen worden ist.

Steinbach. Bürgermeister seines Amtes enthoben. Gegen die Dienstführung des hiesigen Bürgermeisters Langbein waren von verschiedenen Seiten Vorwürfe erhoben worden, so daß sich jetzt der Landrat gezwungen sah, an Ort und Stelle Erhebungen anzustellen. Diese führten zur vorläufigen Amtsenthebung des Bürgermeisters. An seiner Stelle wurde der Beigeordnete Freitag vorläufig mit der Amtsführung betraut. Das Ergebnis der Untersuchung gegen den Bürgermeister wurde an das Ministerium in Weimar weitergeleitet. Wie verlautet, soll gegen Langbein ein Disziplinarverfahren durchgeführt werden.

Heringen (Werra). Am Tode vorbei. Der Fördermaschinist Friedrich Spangenberg aus Hersa stieg aus dem von Hersa kommenden Zug der Wintershaller Privatbahn versehentlich auf der verkehrten Seite aus. Im gleichen Augenblick kam aus der anderen Richtung eine Rangierlokomotive heran. Spangenberg hatte die Geistesgegenwart, sich sofort niederzuwerfen, um nicht totgefahren zu werden, konnte aber nicht verhindern, daß ihm eine Hand abgefahren wurde und er noch andere Verletzungen erlitt. Ein Arzt legte ihm den ersten Notverband an und sorgte für seine Ueberführung in ein Eisenacher Krankenhaus.

Gräfinau-Angstedt. Weil er keinen Schnaps erhielt . . . Der Händler Walter Schulz gab auf den Wirt des Gasthauses „Zum goldenen Stern" aus einem Karabiner, der im Nebenzimmer stand, einen Schuß ab. Die Kugel ging dicht über den Kopf des Wirtes hinweg in die Wand. Gäste entwanden dem Täter die Waffe, die noch drei Patronen enthielt. Grund der Tat? Der Wirt gab dem Angetrunkenen keinen Schnaps mehr! Der Täter wurde in der Wohnung seines Vaters verhaftet und nach Ilmenau in Untersuchungshaft gebracht.

Mihla. Vom fallenden Baum erschlagen. Der Landwirt Albert Böhning aus Bischofroda wurde am hiesigen Bahnhof beim Verladen von Buchen-Nutzholzstämmen von einem Baumstamm so unglücklich am Kopf getroffen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Meuselwitz. Explosion durch ausströmende Gase. In einem Grundstück der Alfredstraße explodierten beim Betreten des Abortraumes mit einem offenen Licht angesammelte Gase mit derartiger Gewalt, daß der Eintretende fortgeschleudert und erheblich durch Stichflammen verletzt wurde. Auch sonst wurde im Raume erheblicher Schaden angerichtet. Der entstehende Brand wurde durch Handfeuerlöscher bald erstickt.

40000 Mark unterschlagen.

Der Täter verhaftet.

Bei einer Agentur der Feuerversicherungsgesellschaft „Rheinland" hatte der 28 Jahre alte Kurt Kunder die Stellung eines Kassenverwalters inne. Nachdem er sich bereits am 3. Januar krank gemeldet hatte, berichtete er acht Tage später seinem Chef, daß er am Rande der Verzweiflung stehe, weil er mit ihm nicht abrechnen könne, denn er habe Unterschlagungen begangen. Er habe die Absicht gehabt, sich das Leben zu nehmen, habe aber die Tat nicht ausführen können. Jetzt wolle er sich selbst der Polizei stellen. Nach Eingang dieser Nachricht wurde im Büro festgestellt, daß ein Teil der wichtigsten Bücher fehlte. Bei Nachprüfungen, die die Versicherungsgesellschaft nun anstellte, stellte man fest, daß Kunder 40—50 000 M. unterschlagen und auch unbefugt Wechsel ausgegeben hatte. Jetzt ermittelten ihn Beamte bei Bekannten in der Solmsstraße. Auf dem Polizeipräsidium widerrief er jetzt das seinem Chef brieflich gemachte Geständnis.

Es besteht der Verdacht, daß K. neben diesen Verfehlungen auch noch Privatpersonen geschädigt hat. Das auf diese Weise erbeutete Geld hat er wahrscheinlich in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht.

Neues Parseval-Luftschiff im Bau.

Bereits im April Probeflüge.

Die Wasser- und Luftfahrzeuggesellschaft hat auf ihrer Luftschiffwerft Seddin bei Stolp in Pommern nach längerer Unterbrechung den Luftschiffbau wieder aufgenommen und hat zurzeit ein kleines Parseval-Naß-Luftschiff für sportliche und wirtschaftliche Zwecke im Bau. Die Probe- und Abnahmeflüge werden im April stattfinden. Sämtliche Organe befinden sich im Innern des Laufganges, so daß das Luftschiff eine vollkommen glatte Oberfläche erhält. Die Geschwindigkeit wird 80 Kilometer betragen, die Nutzlast 600 Kilogramm, so daß das Luftschiff in der Lage ist, für zehn Stunden Betriebsstoff aufzunehmen und bis zu fünf Personen an Bord zu nehmen.

Berliner Ereignisse.

Polizeipräsident gegen Oberbürgermeister.

In Berlin ist ein kleiner Krieg ausgebrochen. In einer längeren Verlautbarkeit wehrt sich der Polizeipräsident gegen die von kommunaler Seite über die Feuersicherheit in den Theatern gemachten Mitteilungen und betont insbesondere, daß bei der systematischen Vornahme aller Sicherheitsmaßnahmen zuerst immer die Sicherheit der Bevölkerung und dann erst die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer in Rechnung gezogen worden wären. Ferner hat der Polizeipräsident als Aufsichtsbehörde vom Oberbürgermeister einen eingehenden Bericht über die der Presse gemachten Mitteilungen eingefordert.

:: **Vier tödliche Gasvergiftungen** ereigneten sich im Hause Kotthuser Damm 96. Um die Uhr am Gasmesser zu regulieren, hatte sich ein Hausbewohner am Gasapparat zu schaffen gemacht und dabei einen Hahn versehentlich geöffnet. Dem ausströmenden Gas fielen vier Familienmitglieder zum Opfer.

:: **Ein neuer Bluff eines Taschendiebes** scheiterte an der Aufmerksamkeit eines Verkehrsschupos. Der Taschendieb hatte einer Frau die Geldtasche mit 100 M. entwendet. Ein Schupo, der den Vorgang beobachtet hatte, wollte ihn festnehmen. Kurz entschlossen umarmte der Dieb die Bestohlene und behauptete, es wäre seine Mutter. Vor Aufregung konnte die Frau kaum sprechen, und der Trick wäre beinahe geglückt. Als der Uebeltäter sich aber schleunigst drücken wollte, griff der Beamte doch zu. Auf der Wache entpuppte er sich dann als der der Kriminalpolizei schon bekannte Taschendieb Bruno Jurthe.

Köhl hält bei Hünefeld Totenwache.

Die Totenfeier für den plötzlich verstorbenen Ozeanflieger Freiherrn v. Hünefeld wird am Sonnabend im Berliner Dom stattfinden, wo auch die Aufbahrung geschieht. Die Totenwache wird vom Ring der Flieger gestellt werden. Als erster wird Hauptmann Köhl den toten Freund und Kameraden bewachen. Die Leiche Hünefelds wird auf dem Steglitzer Friedhof beigesetzt werden.

Tresorräuber in Budapest verhaftet?

Die Budapester Polizei soll nach einer unbestätigten Meldung drei internationale Einbrecher verhaftet haben, die mit dem Tresorraub in der Kleiststraße in Verbindung stehen sollen. Bei den drei Verhafteten handelt es sich um der Polizei bekannte Kasseneinbrecher, die schon seit langem von der deutschen und österreichischen Kriminalpolizei gesucht werden. Bei den Inhaftierten hat man Pässe gefunden, die auf die Namen Josef Griechheim, Lulsi und Simon Mahrner lauten. Es muß jedoch angenommen werden, daß diese Pässe falsch sind.

Abenteuerliche Flucht eines Deutschen aus Afghanistan. Ein deutscher Staatsangehöriger Otto Sperling, der als Angestellter einer Baumwollwarenfabrik in Kabul tätig war, ist nach Teheran geflüchtet. Nach seinen Erzählungen wurde er in der Nähe von Kandahar von afghanischen Soldaten verhaftet und beraubt. Mit großer Mühe sei es ihm gelungen, auf persisches Gebiet zu flüchten. Die persischen Behörden haben sofort Maßnahmen für die Weiterfahrt des Flüchtlings nach Deutschland getroffen.

Lindbergh seit 24 Stunden überfällig. Nach einer Meldung aus Miami fehlt seit 24 Stunden von Lindbergh, der von Punta Arenas (Costarica) nach Panama gestartet war, jegliche Nachricht. Man nimmt an, daß Lindbergh vielleicht direkt nach Cristobal geflogen ist.

Voraussichtliches Wetter

Am Sonntag, 10. Februar: Sonne, teils Wolken, kalt, strichweis Niederschlag. — Montag: Sonne, Wolken, kalt, Teilweise Niederschlag. — Dienstag: Wenig verändert. — Mittwoch: Veränderlich, milder, Niederschläge. — Donnerstag: Sonne, vielfach wolkig mit Niederschlägen, steigende Temperatur. — Freitag: Wolken, naßkalt, Niederschläge, Wind. — Sonnabend: Kaum anderes Wetter.

Kirchliche Nachrichten

Estomihi, Sonntag vor dem Fasten, den 10. Februar 1929.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindesaal.
1¼12 Uhr Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindesaal.
2 Uhr Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindesaal (Schluß der Apostelgeschichte).
Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.
Beerdigt wurde am 7. ds. Mts. Marie Pabst im Alter von 14 Jahren.

Sohr der Herr

Roman von Arno Franz

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(13 Fortsetzung.)

„Entschuldigt mich bitte einen Augenblick," sagte er zu den Damen, die sich angeregt unterhielten. „Ich will nur mal nach dem Rechten sehen."

„Ich begleite Sie, Liebetrau," sekundierte Sohr. „Die Damen haben so noch etwas zu beraten, das unsere Gegenwart nicht erfordert."

Sie gingen. Und draußen fragte Sohr, der gerade dieser Sache wegen nicht ungern mit nach Niederneidberg gegangen war:

„Mit wieviel hängen Sie, Liebetrau?"

„Achteinhalbtausend! Dritte Hypothek!"

„Also Schornstein!"

„Ach nee?!"

„Bestimmt, wenn Sie nicht fünfzigtausend glatt auf den Tisch legen können. Soviel ich weiß, steht Meyer vor Ihnen mit zwanzigtausend und vor diesem der berühmte Warburg mit dreißigtausend. Bei einer Versteigerung des Wetterschen Besitzes werden beide ihre Hypotheken ausbieten. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als mitzugehen."

„Ob die beiden bei einem Besitzwechsel die Hypotheken stehen lassen würden?", fragte Liebetrau.

Sohr bezweifelte es.

„Glaube kaum, denn Warburg hat durch seine Kündigung die Sache mit ins Wanken gebracht und Meyer wird froh sein, wenn er mit seinen Tausenden arbeiten kann. Aber auch wenn sie es täten, wollen 50 000 Mark verzinst sein."

„Und der alte Kerst ist nicht beizuspringen geneigt?"

„Der wird sich hüten. Der sitzt in Berlin und wird sich der Sicherstellung seines Lebensabends nicht begeben. Wenn der Besitz ein ererbter wär, biß er sich mit seinen letzten Pfennigen darin fest. Was will ich — hätte er es gar nicht soweit kommen lassen."

„Also binden wir den Betrag ans Bein."

„Wohl Ihnen, wenn Sie es können."

„Ich kann es eben nicht! Wenigstens nicht, ohne es nicht empfindlich zu spüren. Was bleibt mir aber anderes übrig! Ich habe kein Bankkonto wie beispielsweise ein gewisser Sohr. Ich muß zufrieden sein, wenn ich glatt durchs Jahr komme. Schulden machen, um achttausend Mark zu retten? Ausgeschlossen! Lieber tabula rasa! Ich hab' einen heillosen Bammel vor Verbindlichkeiten."

„Was liegt da näher, als Ihre Hypothek zu verkaufen," warf Sohr beiläufig hin.

Da fuhr Liebetrau herum.

„An wen denn? Sie machen wohl Witze? — Wollen Sie sie haben?"

„Unter Umständen ja," sagte Sohr leichthin.

„Geschenkt?"

„Das nicht!"

„Was wollen Sie geben?"

„Sechstausend!"

„Sieben."

„Kann ich nicht. Ich hab nur sechs."

Liebetrau mußte lachen. Er polterte heraus:

„Der arme Mann von Finkenschlag hat nur sechstausend Emmchen! Das werd' ich publik machen. Gibt einen Heidenspaß."

„Erzählen Sie es ruhig. Es ist so. Glatt sechstausend Mark. Keinen Pfennig mehr."

Liebetrau sah seinen Gast von der Seite an und sah in ein sehr ernstes Gesicht. Da glaubte er ihm, denn der Finkenschlager log nicht. Er wunderte sich aber doch, daß das Konto nicht höher sein sollte.

Sohr, der die Gedanken des anderen zu erraten schien, setzte sich auf eine Treppenstufe und gab sehr offen Bescheid.

„Man schätzt mich in unseren Kreisen falsch ein. Ich bin noch genau derselbe arme Schlucker, der ich als Knecht war. Die Stellung ist anders geworden und die Arbeit mehr. Das ist der Unterschied gegen früher. Ich will Ihnen reinen Wein einschenken, Liebetrau. Zur Diskretion sind Sie nicht verpflichtet."

„Rücken Sie bitte ein Stückchen zu," bat Liebetrau und setzte sich neben Sohr.

Der fuhr fort:

„Großsteinau gehört Claus, Finkenschlag meiner Frau. Ich bin gewissermaßen nur Inspektor auf beiden Gütern. Lediglich die Großsteinauer Zuchtstuten sind mein Eigentum. Natürlich auch das Ergebnis der Zucht. Da ich nun nicht verlangen kann, daß ausgerechnet meine Gäule von der Luft leben, Land zu Futterbau aber nicht besitze, also Claus' Eigentum in Anspruch nehmen muß, schreibe ich ihm fünfzig Prozent des Erlöses aus der Zucht gut. — Es ist Ihnen bekannt, daß ich kürzlich einen Hengst erworben habe. Kostete elftausend Mark. Siebzehntausend hatte ich, mithin habe ich nur noch sechs. Also!"

Liebetrau schüttelte den Kopf. Komischer Kautz, dachte er, sagte aber nur: „Sonderbarer Mensch."

„Weiß ich, Liebetrau," wehrte Sohr ab. „Jeden Tag sagt mir's ein anderer. Ich glaub's bald selbst. — Mehr interessiert mich aber jetzt die Sache an sich und Ihr Entschluß."

Liebetrau räusperte sich und fuhr mit dem Zeigefinger von innen rund um den Kragen. Der schien ihm zu eng.

Sohr, der es sah, lächelte. Er kannte seine Berufskollegen und wußte, daß nur ganz wenige ganz frei von Mißtrauen sind. Warum sollte denn Liebetrau eine Ausnahme machen.

„Schießen Sie los," ermutigte er den anderen. „Man soll nicht an Herzdrücken sterben."

„Sind Sie mir böse, wenn ich offen bin?"

„Absolut nicht! Ich bin für Offenheit."

„Nun denn," begann Liebetrau, „ich kann mir noch keinen rechten Reim machen. — Ihrer Bereitwilligkeit zum Kaufe der Hypothek entnehme ich, daß Sie persönlich an dem Wetterschen Besitz interessiert sind, nicht also Claus oder Frau Sohr. Herr Friedrich Karl Sohr macht das Geschäft für eigene Rechung. Sie haben sechstausend Mark verfügbar, müßten demnach noch über fünfzigtausend verfügen können, wenn Sie aus der Hypothek Nutzen ziehen wollen. Sie müßten doch, genau wie ich, Meyer und Warburg bei Erwerbung des Wetterschen Besitzes auszahlen. Stimmt das?"

Sohr bejahte.

„Wenn Sie nur sechstausend haben, woher wollen Sie fünfzigtausend bekommen?"

Seelenruhig sagte Sohr:

„Wenn mich das ein anderer fragen würde, bekäm' er zur Antwort: Das geht Sie nichts an. Da aber Sie mich fragen, will ich Ihnen auch das sagen. Mit meiner Frau habe ich bereits über den Kauf gesprochen. Sie lehnte ab mit der Begründung, daß sie genug habe. Sowohl Besitz als auch Arbeit. Sie sehne sich nicht nach mehr, sondern nach einem geruhigen Lebensabend. Im Grunde genommen sehr vernünftig. Ich aber denke aus bestimmten Erwägungen heraus anders. Ich weiß, daß ich immer anders denke, als andere. Das ist Veranlagung, Liebetrau, nicht Freude am Stänkern oder Widerspruch. Das Wetterscher Land liegt, man könnte sagen aus Boshaftigkeit, ausgerechnet zwischen Großsteinau und Finkenschlag. Es gehört da nicht hin. Es ärgert mich. Es reizt mich. Ich will es haben. Da meine Frau nicht mitmacht, muß ich mir das Geld verdienen."

Liebetraus Augen waren während Sohrs Rede größer geworden. Jetzt waren sie wie Glaskugeln.

„Fünfzigtausend Mark! Die wollen Sie so im Handumdrehen verdienen?" fragte er.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290209-15/fragment/page=0003

Kleine Chronik.

Sieben Reisende bei einem Zusammenstoß getötet. Nach einer Meldung aus Hanoi stießen auf der Nordbahn in Indochina zwei Züge zusammen. Dabei wurden sieben Reisende getötet und acht schwer verletzt.

Autobus im Eis eingebrochen. Nach Meldungen aus Helsingfors ist auf dem Eise des Finnischen Meerbusens ein mit zwölf Personen besetzter Autobus eingebrochen. Alle Insassen sind umgekommen. Aus der finnischen Provinz wird gemeldet, daß zahlreiche Personen erfroren sind. Bei Tavastehus wurden am Dienstag abend 47 Grad Kälte gemessen. Das Quecksilber gefriert nunmehr in den Thermometern.

Die Eisbrecherarbeit des Linienschiffes „Schleswig-Holstein". Linienschiff „Schleswig-Holstein" lag Mittwoch mittag im westlichen Kurs nördlich der Insel Fehmarn. Es hat aus 7 deutschen Dampfern, 1 lettischen Dampfer und 1 Motorsegler einen Geleitzug, der langsam nach Westen vordringt.

Seine ganze Familie umgebracht. Bei Skarnschow im südlichen Kongreß-Polen hat der schon 17 mal vorbestrafte Bauer Jasinski in der Dorfstraße mit einem Beil seine vor ihm flüchtende Schwiegereltern durch acht Hiebe niedergestreckt, so daß sie tot liegen blieben. Dann ging er in die Wohnung seines Schwagers und tötete auch diesen durch Axtschläge. Nach der neuen Bluttat flüchtete er in seine eigene Hütte und durchstieß mit der Heugabel seine Frau und sein erst einige Monate altes Kind. Dann zündete er die Hütte an und flüchtete. Die Verfolgung hat bisher noch kein Ergebnis gezeitigt.

Vier Petroleumdampfer in Indien explodiert. In der Nähe von Rangun brach auf einem von vier großen Frachtdampfern, die mit Petroleum beladen waren, ein Feuer aus, das schnell auf die anderen drei Dampfer übergriff und eine furchtbare Explosion verursachte. Zwei Mann wurden getötet, vier weitere werden vermißt. Man nimmt an, daß sie gleichfalls ums Leben gekommen sind. Das von den Schiffen ausfließende Oel setzte auch den Fluß in Flammen.

Riesenfeuer in Aegypten. In Mehalla (Provinz Ghardia) zerstörte ein Großfeuer 240 Eingeborenen-Wohnungen. Vier Personen wurden getötet, drei schwer verletzt. Der Schaden wird auf 60 000 Pfund Sterling geschätzt.

(:) **Vereinfachtes Verfahren bei den Finanzämtern.** Schon vor längerer Zeit ist vom Reichsfinanzministerium eine Verordnung ergangen, die die Einreichung vereinfachter Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn regelt. Danach kleben die Arbeitgeber die entsprechende Bescheinigung auf die Rückseite der abgelieferten Steuerkarte des Arbeitnehmers. Trotz dieser Vereinfachung des Verfahrens werden bei eventuellen Reklamationen durch Arbeitnehmer in manchen Fällen noch besondere Bescheinigungen über Lohn und Steuerabzug durch den Arbeitgeber verlangt. Dieses Verlangen bedeutet eine unnötige Erschwerung, da ja ein Blick auf die Rückseite der bei dem Finanzamt ruhenden Steuerkarte genügen würde. Vorkommendenfalls dürfte ein höflicher Hinweis auf diese Tatsache und auf die genannte Verordnung das Finanzamt veranlassen, von der Vorweisung einer besonderen Bescheinigung Abstand zu nehmen.

Kunst und Wissenschaft

□ **Bildhauerwettbewerb.** Auf Anregung des Allgemeinen Deutschen Bildhauerbundes hat die Handwerkskammer zu Berlin unter dem 1. Dezember 1928 einen Wettbewerb für die Bildhauerarbeiten unter den in Preußen ansässiger Künstlern und Kunsthandwerkern ausgeschrieben. Der Wettbewerb erstreckt dreierlei: a) Ideen für die Betätigung von Holz- und Steinbildhauern; b) Entwürfe für ausführende Holz- und Steinbildhauerarbeiten, gezeichnet oder plastisch; c) ausgeführte Holz- und Steinbildhauerarbeiten oder Modelle dazu in Originalgröße. Für Preise und Ankäufe wurden von Behörden und Gewerbe insgesamt 8000 Rm. zur Verfügung gestellt. Jede weitere Auskunft erteilt der Allgemeine Deutsche Bildhauerbund, Berlin S.O. 36, Adalbertstraße 5.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen am 7. Februar 1929.

* **Produktenbörse.** Weizen 213—215, Roggen 205—206, Braugerste 218—231, Futter- und Industrie-Gerste 192—202, Hafer 20—206, Loko-Mais 238—239, Weizenmehl 25,25—29,75, Roggenmehl 27,25—29,50, Weizenkleie 14,25, Roggenkleie 14,75, Weizen-Kleie-Mehl 14,90, Viktoriaerbsen 40—46, Kleine Speiseerbsen 27—33, Futtererbsen 21—23, Peluschken 22—24, Ackerbohnen 21—23, Wicken 26—28, Lupinen (blau) 15,80—16,50, do. (gelb) 19—20, Seradella (neu) 38—43, Rapskuchen (Basis 38 Prozent) 20—20,40, Leinkuchen (Basis 37 Prozent) 25—25,20, Trockenschnitzel 13,10—13,30, Sonn-Extraktions-Schrot (Basis 45 Prozent) 22,60—22,70, Kartoffelflocken 18,80—19 Reichsmark.

* **Butterpreise.** (Amtliche Notierung ab Erzeugerstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten.) 1. Qualität 186, 2 Qualität 177, abfallende Sorten 161 Rm. Tendenz: Lebhaft.

* **Eierpreise.** (Preise in Rpfg. je Stück im Großhandel.) A) Deutsche Eier: Trinkeier, vollfr., gest. über 65 Gramm 18,50, über 60 Gramm 17,50, über 53 Gramm 15,50, über 48 Gramm 14; frische Eier über 60 Gramm 16, über 53 Gramm 14, über 48 Gramm 13. B) Auslandseier: Dänen 17er 16,50; Holländer 60—62 Gramm 17, 57—58 Gramm 16,50; Russen 13. C) Inund ausländische Kühlhauseier: Normale 12,50—13,50, Chinesen und ähnliche 8—13,50. Witterung: Strenger Frost. Tendenz: Sehr fest.

* **Berliner Schweine- und Ferkelmarkt.** ((Magerviehhof in Friedrichsfelde.) Auftrieb: 196 Schweine und 297 Ferkel. Verlauf: Langsames Geschäft. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Läuferschweine (6—8 Monate alt) 66—76, (4—6 Monate alt) 57—66; Pölke (3—4 Monate alt) 38—57; Ferkel (8—12 Wochen alt) 28—38, 6—8 Wochen alt) 20—28 Rm. per Stück.

* **Berliner Magerviehmarkt.** (Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.) Auftrieb: 425 Rinder, darunter 421 Milchkühe, 1 Zugochse, 1 Bulle, 2 Jungvieh, 101 Kälber, 308 Pferde. Verlauf: Schleppendes Geschäft. Es wurden gezahlt: A) Milchkühe und hochtragende Kühe je nach Qualität 280—550 Rm. Ausgesuchte Kühe und Kälber über Notiz. B) Tragende Färsen je nach Qualität 250—460 Rm. Ausgesuchte Färsen über Notiz. — Pferdemarkt. Je nach Qualität 200—1200 Rm., Schlachtpferde 50—200 Rm. Tendenz: Etwas lebhafter.

Gesangbücher empfiehlt in allen Preislagen und reicher Auswahl
Buchhandlung Walter Scharf

Elly Nehrkorn
Dr. Sigurd Schüler
Verlobte

Nebra a. U., 9. Februar 1929

Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1929.

Die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuererklärungen für das Kalenderjahr 1928 und für die in der Zeit vom **1. Juli 1928 bis 31. Dezember 1928** endenden Wirtschaftsjahre sind in der Zeit vom **11. bis 28. Februar 1929 abzugeben.** Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt, erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Querfurt, im Februar 1929.

Das Finanzamt.

Landwirtschaftlicher Verein Steigra.

Gelegentlich der nächsten Vereinsversammlung Anfang März soll wieder eine Prämiierung treuer Dienstboten und Arbeiter stattfinden. Anmeldeformulare dazu können bei dem Vereinsschriftführer, **Rentmeister Schindler in Bedra, Post Roßbach bei Weißenfels,** angefordert werden und sind ausgefüllt bis zum **20. Februar** an denselben zurückzusenden.

Der stellv. Vereinsdirektor.
Jacob.

Schützengilde Nebra

Zu unserem am **Dienstag, den 12. Februar** stattfindenden

Fastnachts-Ball

laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein.

Das Direktorium.

Anfang 1/8 8 Uhr.

Holz-Verkauf.
Forstrevier Nebra a. U.

Im Gasthause zu **Wippach** gelangen **Dienstag, den 12. Februar 1929, vormittags 10 1/2 Uhr** aus Abteilung 1, 3 und 11 folgende **Nutz- und Brennhölzer** öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

33	Stück	Fichten-Stangen	I.	Klasse
94	"	"	II.	"
173	"	"	III.	"
87	"	"	IV.	"
210	"	"	VII.	"

Brennhölzer:

ca. 426 rm. Buchen und Eichen-Scheite
" 32 " " " " -Knüppel
" 222 " " " " -Reisig I. Klasse
" 524 " " " " -Reisig II. "

Bedingungen im Termin.

von Helldorff'sche Forstverwaltung Wippach.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 10. Februar, abends 8 1/4 Uhr:
Der Film der tausend Sensationen:

Spione

Ferner:

Auslegung eines Seekabels

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Konditorei und Café „Zur Burg"

Sonntag, den **10.** Februar

Erstes Kaffeekränzchen
im feenhaft dekorierten Saale
„Dortmunder" und Bockbier

Es ladet herzlichst ein **Oswald Mäder**

VITZENBURG

Sonntag, den 10. Februar
abends 7 1/2 Uhr

Maskenball

Es ladet freundlichst ein
Otto Wirthmann.

Netzanschlussgeräte
für Wechselstrom
3 und 4 Röhren-Apparate
Anoden und Heizbatterie nicht mehr erforderlich.
Kraftverstärker für Wechselstrom-Netzanschluss.
Netzanoden als Ersatz für Anodenbatterien.
Anodenbatterien
stets frisch am Lager.
Alle Radioapparaturen und Einzelteile
modernsten und besten Fabrikats empfiehlt in grösster Lager-Auswahl
Radio Fürstmann, Rossleben
Wendelsteiner Strasse 12
Reparaturen werden fachmännisch ausgeführt

Original Miele Waschmaschine
Zu haben in den einschlägigen Geschäften
Mielewerke A.-G.
Gütersloh/Westfalen
Grösste Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Aufspringen der Hände

und des Gesichts, schmerzhaftes Brennen, sowie Röte und Juckreiz der Haut werden beruhigt und augenblicklich durch die wundervoll kühlende, reizmildernde **Creme Leodor.** Gleichzeitig herrlich duftende kosmetische Unterlage für Puder. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Probetube gratis bei Einsendung dieses Inserates durch Leo-Werke A.-G., Dresden-A. 6

kl. 1030

Zur Fastnachtsbäckerei empfehle:
Schmalz
Palmin
Marmelade
Pflaumenmus
Wwe. Meitz.

Beyers Modenführer
für
Konfirmation
und Kommunion
— Preis 1 Mark —
soeben erschienen.
Buchhandlg. **Walter Scharf.**

Haben Sie Interesse für wissenschaftliche
Astrologie
(Schicksalsforschung)
Gratis
senden wir Ihnen einführungshalber
eine interess. Charakterbeschreibung
und eine **allg. Jahresdeutung** über
Ihr Schicksal im Jahre 1929
betr. Liebe, Ehe, Beruf, Reisen, Lotterie etc.
Schreiben Sie unter Angabe Ihres Geburtsdatums und unter Beifügung eines beliebigen Unkostenbeitrages in Briefmarken sofort an den
Universum-Verlag, Abt. 37°, Berlin W 8
Schließfach 58
Viele Dankschreiben aus der ganzen Welt beweisen die Treffsicherheit unserer Deutungen.
Bitte ausschneiden und eventl. weitergeben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290209-15/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 18 Sonnabend, den 9. Februar 1929 42. Jahrgang

Ohne Zentrum!

Minderheitskoalition: Sozialdemokraten, Demokraten, Bayerische und Deutsche Volkspartei.

⇨ Berlin, 8. Februar.

Amtlich wurde mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard geschaffenen Lage. Das Kabinett war einmütig der Ansicht, daß die außen- und innenpolitische Lage, insbesondere die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage, der Reichsregierung die Fortführung der Geschäfte auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 3. Juli v. J. zur unabweisbaren Pflicht machen.

v. Guérard

Der Reichskanzler erstattete alsdann dem Reichspräsidenten über die Auffassung des Kabinetts Bericht. Der Reichspräsident trat dieser Stellungnahme vollkommen bei, genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsverkehrsministers v. Guérard und beauftragte, entsprechend dem Vorschlag des Reichskanzlers, den Reichspostminister Dr. Schätzel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsverkehrsministers und den Reichsminister des Innern, Severing, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete.

Diese amtliche Erklärung setzt den Strich unter die Verhandlungen für die Große Koalition, die am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht hatten. Das Ultimatum des Zentrums, das die Zuerteilung von drei Reichsministerien forderte und betonte, daß vorderhand kein Interesse für die Regierungserweiterung in Preußen vorhanden sei, wurde, wie nicht anders erwartet werden konnte, von den volksparteilichen Unterhändlern beim Reichskanzler abgelehnt. Daraufhin suchte Reichsverkehrsminister v. Guérard seinen Rücktritt nach, der nun vom Reichspräsidenten genehmigt wurde. Somit ist das Zentrum zum ersten Male seit Bestehen der Republik nicht an der Reichsregierung beteiligt.

Das Fehlen einer breiten Koalition kann besonders für den neuen Etat recht gefährlich werden, denn wenn auch das Zentrum kaum in eine offene Kampfstellung gegen die Regierung treten wird, so wird es doch bei manchen Punkten des neuen Haushalts die Gefolgschaft versagen und damit die Beschlüsse der Minderheitenregierung überstimmen lassen. Unter diesen Umständen ist die Einbringung eines Notgesetzes nicht ausgeschlossen.

Haben sich auch im Reich die Koalitionsverhandlungen zerschlagen, so hat man doch in Preußen noch nicht die Hoffnungen aufgegeben. Ministerpräsident Braun wird im Laufe des heutigen Tages den interfraktionellen Ausschuß mit Vertretern der Deutschen Volkspartei zusammenführen und hofft auf diese Weise wenigstens hier eine Einigung herbeizuführen. Ob in diesem Falle auch im Reich neue Verhandlungen aufgenommen

Der Reichstag gedenkt Weimar.

Ansprache des Präsidenten.

⇨ Berlin, 7. Februar.

Präsident Löbe eröffnete die gestrige Sitzung um 3 Uhr und gedachte zunächst der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar vor zehn Jahren. Er betonte: Durch ihre Einberufung und Zusammensetzung hatte die Nationalversammlung dem deutschen Staate eine neue staatliche Verfassung, die demokratische und republikanische Staatsform gegeben. (Zurufe rechts und bei den Kommunisten.) Die Frauen und Männer, die damals in Weimar versammelt waren, haben gewußt, daß die Folgen des Krieges, der Niederlage und des Zusammenbruchs die Existenz unseres Volkes aufs tiefste gefährden würden. Sie haben Ueberwindung der Blockade und anderer Schwierigkeiten, Konsolidierung der Wirtschaft gebracht. Wir setzen, so erklärte der Präsident weiter, obgleich wir wissen, daß diese schweren Schäden noch nicht überwunden sind, diese Arbeit fort in der Gewißheit und in der Zuversicht, daß das deutsche Volk, politisch reif geworden, befähigt ist, sein Schicksal mit eigener Hand zu gestalten und der sozialen Freiheit und Gerechtigkeit zuzuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte, lautes Gelächter bei den Kommunisten.)

Auf Zurufe von Kommunisten betonte Präsident Löbe: Wäre der staatliche Wille von rechts her durchgeführt wor-

mit großem Krach eine große Granate auf den Tisch des Hauses mit einem Plakat: „Illegale Haubitzgranate." Ein Kommunist ruft: Nieder mit dem Krieg! die anderen Kommunisten stimmen ein. Es entsteht ein allgemeines Durcheinander. Präsident Löbe veranlaßt die Entfernung der Granate, die die Kommunisten wieder an sich nehmen. Wir wissen genau, so fährt der Redner fort, daß wir von einer internationalen Abrüstung noch weit entfernt sind, daß vor allem die rote Armee Sowjet-Rußlands mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüstet ist. (Lärm b. d. Komm.)

Abgeordneter Stöcker (Komm.) verwies auf die von den Kommunisten mitgebrachte Granate und erklärte, dieses Produkt der geheimen Pontischen Aufrüstung sei bezeichnender für den Kellogg-Pakt als die hier gehaltenen Reden.

In der Schlußabstimmung wurde der Kriegsächtungspakt mit 287 gegen 127 Stimmen angenommen.

Das Arbeitsschutzgesetz.

Es regnet Ordnungsrufe im Reichstag. — Eine unterbrochene Sitzung.

⇨ Berlin, 8. Februar.

Im Reichstag gab es gestern wieder einmal einen heftigen Auftritt, und zwar bei der Beratung des deutsch-litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrages. Der Kommunist Kollwitz erklärte, daß seine Fraktion die Zustimmung verlage, weil nach den Bestimmungen des Vertrages 50 litauische Emigranten aus Ostpreußen ausgewiesen und dem litauischen „Henker Waldemaras" überliefert würden. Er apellierte an die Arbeiter, um die Ausweisung zu verhindern. Darauf rief ihn Präsident Löbe zur Ordnung. Unter großer Unruhe rief Kollwitz dann: „Sie haben natürlich die Aufgabe, den Henker Waldemaras zu verteidigen!" Unter großem Lärm wies Löbe darauf den Redner aus dem Saal. Weil der Abgeordnete Hörnle (Komm.) den Sozialdemokraten Schimpfworte wie „Hunde" und dgl. zurief, wurde auch er aus dem Saal gewiesen. Er folgte aber der Aufforderung nicht, und als die Unruhe immer stärker wurde, unterbrach Löbe die Sitzung.

Auch nach Wiederbeginn der Sitzung kam es noch zu Lärmszenen, bei denen Löbe mehrere Ordnungsrufe erteilte. Der Präsident konnte aber bald die Ruhe wieder herstellen, so daß der Vertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen werden konnte.

Zu neuen Lärmszenen kam es jedoch bei der Beratung des Abkommens über die Beilegung der finanziellen Streitfragen mit Rumänien, als der Kommunist Ende Manu als einen armseligen Lakaien bezeichnete und sich auch sonst schimpfend gegen die rumänische Politik äußerte. Auf Beschluß des Hauses wurde dem Redner endlich das Wort entzogen und das Abkommen endgültig genehmigt.

Reichsarbeitsminister Wissell

begründete dann in der ersten Beratung das Arbeitsschutzgesetz und betonte die Notwendigkeit der Neuordnung der Arbeitsschutzbestimmungen. Das Arbeitsschutzgesetz habe einmal die Aufgabe, die vielen Bestimmungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, die nur vorläufigen Charakter tragen, in eine endgültige Regelung überzuführen. Andererseits werde mit diesem Gesetz die Möglichkeit gegeben sein, eine Anzahl von internationalen Uebereinkommen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, von denen unsere Gesetzgebung in formellen Punkten abweich, zu ratifizieren. Alle diese internationalen Entwürfe blieben tatsächlich hinter dem zurück, was bereits deutsches Recht sei. Neben der Vereinheitlichung und Vereinfachung sei es vor allem notwendig, im Arbeitsschutzgesetz die Möglichkeiten zu schaffen, auf denen die Weiterarbeit am einheitlichen Arbeitsrecht erfolgen könne. So werde ein Bergarbeitsgesetz schon in allernächster Zeit dem Reichstag vorgelegt werden. Auf der Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes werden dann auch die Seemannsordnung, das Recht der Handarbeiter, das Torifvertragsgesetz und andere Rechtsfragen aufgebaut werden. Den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbezweige trägt der Entwurf nach Möglichkeit Rechnung. Der Entwurf ist in vielen Punkten ein wichtiger sozialpolitischer Fortschritt. Der Minister kündigte weiter einen Gesetzentwurf über die Neuregelung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung an. Auch ein Entwurf zur Ratifizierung der internationalen Arbeitsübereinkommen werde demnächst das Kabinett beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Moldenhauer (DVP.) empfahl, in die Ausschußberatung des Entwurfs erst einzutreten, wenn auch das Betriebsrätegesetz vorliege. Der Redner bezweifelte, daß der Entwurf den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht werde.

Abgeordneter Graßmann erklärte, die Durchführung des Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei eine Forderung aller Gewerkschaftsrichtungen. Unter diesem Gesichtspunkt enttäusche der Entwurf. Der Redner hielt zahlreiche Verbesserungen für notwendig.

Abgeordneter Hartmann (dnt.) gab eine kurze Erklärung ab, in der gegen die übereilte Beratung der Vorlage, die erst vor einigen Tagen dem Reichstag zugegangen sei, protestiert wird.

Gegen 5.30 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Verlängerung der Krisenunterstützung vom sozialpolitischen Reichstagsausschuß genehmigt.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags genehmigte mit Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag, der die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und die allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer für die Krisenunterstützung auf 52 Wochen fordert.

Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wegfall jeder Beschränkung der Bezugsdauer für Unterstützungsempfänger über 40 Jahre gewünscht wird. Ein Antrag fand außerdem Annahme, der für die älteren Angestellten und Arbeiter die Krisenfürsorge allgemein mindestens bis zum 1. Mai 1929 ausdehnen wird.

Die Aufrollung der Minderheitenfrage.

Genf erwartet Gegenvorschläge Polens.

Genf, 7. Februar.

Man hält es in hiesigen Kreisen für wahrscheinlich, daß die polnische Regierung nunmehr ihrerseits im Völkerbundsrat einen Antrag auf Behandlung der Minderheitenfrage in der von ihr gewünschten Richtung stellt. Bisher ist jedoch im Generalsekretariat des Völkerbundes ein amtlicher polnischer Schritt noch nicht erfolgt.

Es verstärkt sich jedoch die Annahme, daß die deutsche Initiative in der Minderheitenfrage von den unmittelbar interessierten Regierungen mit entsprechendem Gegenantrag beantwortet werden wird. Es dürfte hierbei die Absicht vorliegen, die kommenden Verhandlungen im Völkerbundsrat über die Neuregelung des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund nicht allein auf den deutschen Antrag als Ausgangspunkt und Grundlage der Aussprache abzustellen, sondern zugleich die Möglichkeit zur Erörterung von Gegenvorschlägen zu den deutschen Anregungen zu schaffen.

Gilbert verhandelt mit Poincare.

Owen Young übernimmt doch den Vorsitz.

Paris, 7. Februar.

Parker Gilbert, der sich noch immer in Paris aufhält, besuchte gestern Poincaré, mit dem er eine längere Besprechung hatte. Vorher hatte Gilbert bereits mit den französischen Sachverständigen Parmentier und Moreau eine Unterredung gehabt.

Wie die Blätter berichten, äußerte sich Parker Gilbert bei seiner Unterredung mit Poincaré sehr zuversichtlich über die Aussichten des Sachverständigenausschusses. Er glaube, daß er auf seiner Reise nach Washington den gewünschten Zweck erreicht habe. **Owen Young werde sicherlich den Vorsitz des Ausschusses übernehmen, der ihm am Sonnabend offiziell angeboten werde.** Die Blätter sind übereinstimmend der Ansicht, daß die amerikanische Regierung keine Einwendungen erheben werde, da die amerikanischen Sachverständigen kein amtliches Mandat hätten.

Als Vizepräsidenten nennt der „Excelsior" den französischen Delegierten Moreau, sowie den deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht

Zentrum und Konkordat.

Sitzung der Landtagsfraktion mit Kaas und Stegerwald.

⇨ Berlin, 8. Februar.

Gestern nachmittag trat die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290209-15/fragment/page=0005